

Stand: 28.04.2024 12:30:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22612

"Umfassende Konsequenzen aus dem Immobiliendeal Augustinerhof in Nürnberg ziehen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22612 vom 11.05.2022
2. Beschluss des Plenums 18/22660 vom 11.05.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 114 vom 11.05.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Umfassende Konsequenzen aus dem Immobiliendeal Augustinerhof in Nürnberg ziehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Nachdem der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) den Immobiliendeal zur Errichtung und Betrieb der Zweigstelle des Deutschen Museums in einer Stellungnahme als kritisch bewertet, insbesondere die vermieterefreundliche Gestaltung des Mietvertrages, das hohe Mietkostenniveau, die ungünstige Risikoverteilung zulasten des Mieters, die fehlende Offenheit bei der Standortwahl und ein fehlendes offenes Markterkundungsverfahren, wird die Staatsregierung aufgefordert,

- dem Landtag unverzüglich alle Stellungnahmen der Staatsregierung gegenüber dem ORH hierzu vorzulegen,
- die bisherigen Antworten der Staatsregierung auf die im Landtag gestellten Anfragen bzw. Berichtsanträge zu überprüfen und gegenüber dem Landtag zu korrigieren,
- den Immobiliendeal, die Verhandlungen zum Mietvertrag sowie die Entscheidungsabläufe innerhalb der Staatsregierung unverzüglich einer umfassenden selbstkritischen Neubewertung zu unterziehen, die Fehler offen zu benennen und Konsequenzen zur Vermeidung von finanziellen Schäden für den Freistaat und ungerechtfertigter Begünstigung von Investoren in vergleichbaren Fällen zu ziehen sowie
- dem Landtag unverzüglich zu berichten, welche Konsequenzen und Lehren aus diesem Fall gezogen werden und gezogen werden müssen, um in Zukunft wirtschaftliche und finanzielle Nachteile für den Freistaat bei der Realisierung vergleichbarer Projekte zu vermeiden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/22612

Umfassende Konsequenzen aus dem Immobiliendeal Augustinerhof in Nürnberg ziehen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Sebastian Körber

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ferdinand Mang

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Claudia Köhler

Abg. Bernhard Pohl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun rufe ich zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Sofortige und schonungslose Aufarbeitung - Konsequenzen aus Söders Museumsskandal ziehen (Drs. 18/22570)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)

Sofortige und schonungslose Aufarbeitung - Konsequenzen aus Söders "Museumsskandal" ziehen (Drs. 18/22611)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Christian Flisek u. a. und Fraktion (SPD)

Umfassende Konsequenzen aus dem Immobiliendeal Augustinerhof in Nürnberg ziehen! (Drs. 18/22612)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Sebastian Körber für die FDP-Fraktion, das Wort.

Sebastian Körber (FDP): "Daneben hat Söder zwei bis drei weitere Areale, darunter einen Geheimfavoriten im Hinterkopf, über die er aber derzeit noch nicht reden will" – "Nürnberger Nachrichten" im Juni 2015. Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Beginn ein paar Schlagzeilen: "Nürnberger Zeitung", Januar 2016: "Am Geld soll es nicht scheitern", Zitat von Markus Söder. Danach im November, in den "Nürnberger Nachrichten": "Er wolle Commander-in-Chief werden, meint der Star-Trek-Fan mit einem Raumschiffmodell in der Hand. Das Haus soll einzigartig werden, trotz dürftiger Finanzierung". "Süddeutsche Zeitung" 2017: "Söder sagte dazu: Das

Verfahren war wie immer sehr ordentlich und transparent". "Wie bei allen großen Projekten in der Region ist dies der CSU zu verdanken" – Pressemitteilung der CSU im Juli 2017. Noch ein Schmankerl zum Schluss aus der "Süddeutschen Zeitung", März 2018: "Schließlich sei er", also Söder, "es gewesen, der die Idee für eine Nürnberger Dependence des Deutschen Museums gehabt habe, erklärte er."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie diese Zitate zeigen, hat es sich der damalige Finanzminister nicht nehmen lassen, sich medial immer in den Vordergrund zu rücken, einmal mit einem Laserschwert, einmal in einem Star-Trek-Kostüm, obwohl er hierfür als Fachminister eigentlich gar nicht zuständig gewesen ist. Im Gegensatz dazu zieht es der Ministerpräsident, der heute natürlich durch Abwesenheit glänzt, jetzt vor, hierzu zu schweigen, anstatt Transparenz herzustellen. Der Bayerische Oberste Rechnungshof braucht offenkundig noch Antworten, die die Staatsregierung aber, warum auch immer – sie kann es uns selbst gerne berichten –, nicht übermitteln möchte. Der mittlerweile zweite Wissenschaftsminister und Ex-Ex-Generalsekretär Blume sprach anlässlich der beiden gutachterlichen Stellungnahmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den "Nürnberger Nachrichten" von dubiosen Gefälligkeitsgutachten. Ich hätte von der Staatsregierung schon gerne gewusst, ob man das nun auch über die neuen Prüfungsergebnisse des Bayerischen Obersten Rechnungshofes sagen möchte.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die geschaffenen Fakten des Obersten Rechnungshofes sprechen doch Bände, und sie fokussieren vier weitere Aspekte: mehr als 200 Millionen Euro Gesamtkosten, keine gebotene Wirtschaftlichkeitsprüfung, ein vermierterfreundlicher Mietvertrag und schließlich viertens Ausschluss eines Kaufs der Liegenschaft von vornherein. Das wäre auch gar nicht notwendig gewesen, so meinte Herr Kollege Weidenbusch. Ob dieser noch zu seiner Aussage steht, die er im Wissenschaftsausschuss getätigt hat, kann er uns noch darlegen. Damit offenbaren die Prüfungsergebnisse des Bayerischen Obersten Rechnungshofes doch in Ergän-

zung zu den gutachterlichen Stellungnahmen einen handfesten Immobilienskandal. Wir fordern daher Ministerpräsident Söder und seine Staatsregierung auf, endlich vollumfängliche Transparenz zu schaffen und die notwendigen Antworten zu liefern.

Herr Bernreiter, das ist jetzt eine Hausaufgabe für Sie, weil die dritte Bauministerin nicht mehr da ist und Sie als vierter Bauminister nun eine Reform der Immobilien Freistaat Bayern herbeizuführen haben. Wir fordern, dass hier Konsequenzen gezogen werden, eine vollständige Reformierung der Immobilien Freistaat Bayern, eine Transparenzoffensive bei staatlichen Immobilienprojekten generell und eine Besinnung auf das Wirtschaftlichkeitsprinzip, damit hier nicht weitere Millionengräber für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geschaffen werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich ist es klar, dass man auf das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler achten möchte. Das wollen sicher auch die FREIEN WÄHLER und die CSU-Fraktion. Deswegen empfehle ich Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Körber. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es wieder einmal um ein weiteres Prestigeobjekt unseres Landesvaters, nämlich um das Zukunftsmuseum in Nürnberg. Dieses Projekt reiht sich als weitere schwarze Perle in das Finanzdesaster der Regierung Söder, die ja mittlerweile auch keinen Verfassungsbruch scheut, um noch mehr Schulden aufzutürmen.

Den Zuschlag für das Projekt erhielt auch rein zufällig ein spendenfreudiger Vermieter: immerhin 90.000 Euro für die CSU. Diese Spenden haben natürlich rein gar nichts mit

diesem Vertrag zu tun. – Wie käme man denn nur darauf? Möge der Bürger das entscheiden.

Der Oberste Rechnungshof, kurz ORH genannt, hat diesen Fall geprüft. Da wir im Gegensatz zur Regierung Söder die Berichte des ORH sehr gerne lesen, möchte ich dessen Prüfungsergebnisse Ihnen, werte Kollegen, nicht vorenthalten.

Dieser Vermieter bot eine Erweiterung der Museumsfläche zu einem "Söder'schen Schnäppchenpreis" an, der ohne Prüfung der Wirtschaftlichkeit zugesagt wurde. Damit verdoppelten sich die Aufbaukosten und die jährlichen Gesamtbetriebskosten auf satte 7 Millionen Euro pro Jahr. Nachdem der Mietvertrag eine Laufzeit von 25 Jahren hat, ergibt das nach vorsichtiger Schätzung des ORH gute 200 Millionen Euro.

(Ernst Weidenbusch (CSU): War das jetzt gerade frei erfunden?)

Die Regierung Söder hat also Ausgaben von 200 Millionen Euro durchgewunken, ohne eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit vorzunehmen. Auf die Idee, dass man mit einem Kauf einer Liegenschaft vielleicht günstiger hätte liegen können – nein, auf diese Idee ist Söder nicht gekommen.

(Beifall bei der AfD)

Und laut ORH besonders bemerkenswert: Die bisher für 2021 bereits aufgelaufenen Miet- und Nebenkosten betragen knapp 2,9 Millionen Euro und übersteigen bereits jetzt die im Haushalt hierfür veranschlagten Mittel. Das heißt, dass die Regierung Söder die bereits eh historisch hohen Schulden durch zusätzliche Haushaltsmittel noch weiter erhöhen muss, damit diese Zahlungen überhaupt rechtlich zulässig sind.

Zudem ist damit zu rechnen, dass es auch bei den Gesamtkosten von 200 Millionen Euro nicht bleiben wird, sondern diese sich noch weiter erhöhen werden. Das wirft die Frage auf, weshalb Söder keine Wirtschaftlichkeitsprüfung vornehmen wollte, obwohl diese laut ORH hätte durchgeführt werden müssen. Jeder erfolgreiche Unternehmer prüft vor jeder Investition die Wirtschaftlichkeit. Jeder GmbH-Geschäftsführer macht

sich sogar wegen Untreue strafbar, wenn er die Vermögensbetreuungsinteressen seiner Gesellschaft verletzt. Aber klar: Wer vom Kreißsaal über den Hörsaal mit einem kleinen Ausflug zum BR in den Plenarsaal wandert und anscheinend nie lernen musste, mit Geld wirtschaftlich umzugehen, sondern es in Altparteienmanier gewohnt ist, mit vollen Händen das Geld anderer Leute zu verpulvern, den juckt das wenig.

(Beifall bei der AfD)

Damit komme ich zum Ende. Wir fordern daher mit unserem Antrag die Regierung Söder unter anderem auf, zu erklären, weshalb dieser Steuergeldverschwendung ohne Wirtschaftlichkeitsprüfung zugestimmt wurde. Weiter fordern wir eine umfassende, transparente Untersuchung von allen Fällen, in denen die festgestellten Marktwerte überschritten wurden; denn auch dieser Fall ist kein Einzelfall. Ich fordere von Ihnen, Herr Söder, den Anstand, persönliche Konsequenzen zu ziehen.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen abgeschafft werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Mein Gott! In welcher Zeit lebst du noch?)

– Nein, dabei bleibe ich.

(Zuruf von der CSU: Möchtest du einen Orden von der AfD? – Zuruf von der CSU: Faschingsorden!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun den nächsten Redner ans Mikrofon, Herrn Kollegen Halbleib, SPD-Fraktion.

(Zuruf von der CSU: Volkmar, reiße es raus für die Opposition!)

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es bei diesem Thema? – Im Kern geht es darum, ob ein guter Zweck alle Mittel heiligt und ob die Staatsregierung dieses Projekt ohne Rücksicht auf elementare Grundsätze

des Haushaltsrechts und auf alle elementaren Grundsätze der Wirtschaftlichkeit um jeden Preis realisieren wollte, koste es, was es wolle. Darum geht es. Im Kern geht es auch darum, dass dies genau dort passiert, wo der heutige Ministerpräsident und damalige Finanzminister deutlich gemacht hat, dass er die Durchsetzung dieses Projektes um jeden Preis auch will. Schließlich geht es darum, dass ein wünschenswertes und unterstützenwertes kulturwissenschaftliches Museumsprojekt so umgesetzt wird – darüber haben wir bei solchen Ereignissen in diesem Hohen Haus eigentlich einen Konsens –, dass es mit einem sauberen Verfahren im Einklang steht, dass es mit der Einhaltung elementarer Grundsätze staatlichen Handelns im Einklang steht. Darum geht es.

Wir haben uns als Fraktionen, die sich um dieses Thema gekümmert haben, schon gewundert und waren dann eigentlich eher erschüttert, dass die Regierungsfaktionen ihre Aufgabe als Parlament, die auch die Regierungsfaktionen haben, zur Kontrolle der Regierung so wenig in Anspruch nehmen und sich in diesem Fall eher als Rechtfertigungstruppe jedweden Vorgehens der Staatsregierung verstehen.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Nicht auf die Regierungsfaktionen schieben, wenn man es selber nicht in der Hose hat!)

Ich gehe davon aus, lieber Kollege Weidenbusch, dass Sie an diesem Eindruck auch mit Ihrem Redebeitrag nichts ändern werden. Wir nehmen die Aufgaben dieses Hohen Hauses, des Parlaments jedenfalls ernst – anders als Sie. Sie haben ein anderes Verständnis der Ernsthaftigkeit.

Wir haben zwei Gutachten beauftragt, die detailliert dargelegt haben, was alles schiefgelaufen ist, und deren Ergebnis eigentlich nur zwei Schlussfolgerungen zulässt: entweder ein bewusstes und gezieltes Vorgehen der Beteiligten zum Nachteil des alles finanzierenden Freistaats Bayern, oder Freistaat und Museum haben sich über den Tisch ziehen lassen. Beides braucht dringend eine umfassende Aufklärung, zu der wir alles bisher Mögliche beigetragen haben.

Zu dieser Aufklärung und zu dem vorgelegten Gutachten hat der damalige CSU-Generalsekretär Markus Blume geäußert, das wären dubiose Gefälligkeitsgutachten und es wäre ein Schmierentheater. Mittlerweile ist Herr Blume zuständiger Minister und somit auch zuständig für die Aufklärung dieses Falles. In der letzten Woche wurde deutlich – der ORH-Bericht liegt uns noch nicht vor –, dass das, was die Gutachter der Fraktionen festgestellt haben, in vielen Punkten vom Bayerischen Obersten Rechnungshof geteilt wird. Da frage ich mich dann, ob Herr Blume auch den Obersten Rechnungshof der dubiosen Gefälligkeitsgutachten bezichtigt und ob Herr Blume dann auch den Obersten Rechnungshof eines Schmierentheaters bezichtigt. Auf die Antworten sind wir sehr gespannt.

Die Staatsregierung muss aber auch Antworten auf das geben, was der Oberste Rechnungshof bisher immerhin schon gesagt hat. Er hat in einer Stellungnahme gegenüber der Öffentlichkeit die Maßnahme sehr kritisch bewertet, insbesondere die vermietterfreundliche Gestaltung des Mietvertrages, das hohe Mietkostenniveau, die ungünstige Risikoverteilung zulasten des Mieters, die fehlende Offenheit bei der Standortwahl und ein fehlendes offenes Markterkundungsverfahren.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Nein!)

– Dann lesen Sie es noch einmal nach! – Wir werden uns alle Stellungnahmen noch zu Gemüte führen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Volkmar Halbleib (SPD): Deshalb ist Aufklärung gefordert. Ich weiß, dass die Regierungsfaktionen davon nichts wissen wollen. Ich appelliere aber noch einmal: Nehmen Sie auch als Regierungsfaktionen Ihre Aufgabe der Kontrolle dieser Staatsregierung ernst. Dieser Fall gibt die notwendige Begründung dafür. Erledigen Sie Ihre Aufgabe, und verweigern Sie nicht die wichtigste Pflicht des Parlaments.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner: Ernst Weidenbusch, CSU-Fraktion. Bitte.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir dieses Thema besprechen. Ich glaube, wir hatten es siebenmal im Wissenschaftsausschuss, viermal im Plenum und, soweit ich mich erinnere, zweimal im Haushaltsausschuss.

Vielleicht wollen wir die Dinge einmal geraderücken. Der Oberste Rechnungshof rügt Gesamtkosten von 200 Millionen Euro – von 200 Millionen Euro von Anfang bis Ende, sprich: 25 Betriebsjahre. Sehen Sie sich das parallele Vorhaben Utopia an. Allein der Umbau einer Bestandsimmobilie, die uns schon gehört, kostet 200 Millionen Euro. Da ist noch kein Tag Betrieb dabei. Setzen Sie das bitte schön ins Verhältnis.

(Alexander König (CSU): Deshalb gehört es eingestellt!)

Da fällt einem auf: Wenn in München etwas nur 200 Millionen Euro kostet,

(Zuruf von der SPD)

wird es durchgewunken, wenn in Nürnberg etwas 200 Millionen Euro kostet, kommt der Protest der Münchner Kulturmafia. Ich kann das beurteilen; ich kenne sie nämlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich kenne sie seit 50 Jahren. Genau so war es in diesem Fall. Als die Idee aufkam, in Nürnberg ein Museum zu errichten, war doch im Wissenschaftsministerium kein Mensch begeistert. Stellen Sie sich einmal die Frage: Wo wohnen die denn alle? – Kein einziger Mitarbeiter des Wissenschaftsministeriums wohnt in Nürnberg.

Als Nächstes hat es – natürlich – im Verwaltungsrat des Deutschen Museums nicht gerade Begeisterung gegeben. Ich rufe Sie alle auf, nach "Verwaltungsrat Deutsches

Museum" zu googeln. Sie werden sich wundern: München, München, München, München; einer ist dabei, der in Erding wohnt. Aber in Nürnberg wohnt keiner von ihnen. Ja, die Mitglieder des Verwaltungsrats waren nicht begeistert.

Jetzt stellen Sie sicherlich die Frage: Was hat denn der ORH damit zu tun? – Ich kenne die ORH-Außenstelle in Nürnberg, die sich mit diesem Thema befasst hätte, nicht. Auch diese Leute sind alle aus München. Alle!

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER – Unruhe bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wenn Sie lauter Münchner ein Nürnberger Projekt beurteilen lassen, dann ist die Begeisterung nicht so groß. Das ist fast wie beim Fußball.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dann schauen Sie sich einmal an, wie es lief. Es ist ja nicht so, dass sich der ORH dieses Projekt erst jetzt anschauen würde. Die erste Begutachtung dieses Projekts war eine begleitende Begutachtung – 2017; da war überhaupt noch nichts los.

Schon damals konnten Sie nachlesen, dass der ORH das Projekt völlig unmöglich finde, dass man es nicht machen solle, dass alles schwierig sei.

(Zuruf von der SPD: Da hatte er ja recht!)

– Wissen Sie, das Problem ist halt: Ich kenne den ORH aus der Arbeit hier seit 19 Jahren. Ich habe noch nie erlebt, dass der ORH geschrieben hätte: Damals, vor fünf Jahren, haben wir uns sauber geirrt. Es ist alles ganz anders.

Wenn sich der ORH also schon in dieser Weise festgelegt hat, dann brauche ich mich natürlich nicht zu wundern, dass sich dessen Prophezeiung sozusagen selbst erfüllt.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Ich bin immer gern diszipliniert bei dem, was ich mache.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Lieber Volkmarr Halbleib, von den zwei Auftritten vor dir, die eher komödiantischer Natur waren, hatte ich nichts anderes erwartet. Aber ich war schon der Meinung, dass du versuchen würdest, die Prüfungsmitteilungen des ORH zu bekommen; denn du bist lange genug dabei, sodass du weißt, dass es diese geben muss.

Ich habe die Prüfungsmitteilungen des ORH heute angefordert, weil mich interessiert, was dort drinsteht; denn die Pressemitteilung mit 19 Zeilen gibt nicht viel her. Daher ist es bedeutender, den Gesamtbericht zu sehen.

Jetzt muss ich einmal sagen: Auch nach 19 Jahren im Parlament und vielen Jahren im Haushaltsausschuss erlebst du noch Überraschungen. Am 6. Mai verschickte der ORH eine Pressemitteilung mit den Ergebnissen seiner Prüfung. Auf Anforderung des Haushaltsausschussvorsitzenden übersendet er heute dieses Prüfungsergebnis und teilt mit, dass darüber selbstverständlich nur in nicht öffentlicher Sitzung beraten werden könne.

Das ist ein Verständnis von Arbeit beim Obersten Rechnungshof, zu dem ich ehrlich sagen muss: Ja, darüber müssen wir reden, und zwar deutlich. Denn es ist eine vorsätzliche Missachtung des Parlaments, die darin zum Ausdruck kommt. Daher fordere ich den Präsidenten des Obersten Rechnungshofes in aller Deutlichkeit auf, uns in der nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses Ross und Reiter zu nennen, das heißt zu sagen, wer hinter solchen Vorgehensweisen steckt.

Am 6. Mai eine Pressemitteilung mit Ergebnissen verschicken, aber dann dem Haushaltsausschuss die Antwort schuldig bleiben, was dafür eigentlich die Grundlage ist – das ist bodenlos und zeigt, dass mit Methode gearbeitet wurde. Ich habe ja am Anfang deutlich gemacht, warum und in welche Richtung.

Ich kann nur sagen: An dieser Stelle gibt es beim ORH – heute nicht mehr, weil niemand mehr da ist, aber morgen und übermorgen – möglicherweise Grund, sich vor

den Spiegel zu stellen und die Frage zu beantworten, ob man sich für das, was man sich da geleistet hat, nicht ein bisschen schämen muss.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dieses Museum ist ein Erfolg. Davon hat leider niemand von der Opposition sprechen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Es scheint Sie fast ein wenig zu stören, dass trotz Pandemiezeiten bereits über 70.000 Besucher dort waren. Das scheint Sie zu stören; sonst hätten Sie es nicht weggelassen.

Und warum sind 70.000 Besucher gekommen? Sie sind deshalb gekommen, weil es ein außergewöhnlich gutes Museum ist.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Ich komme zu Ihrer Frage; warten Sie es ab. Ich komme zu Ihrer Frage; ich kenne sie.

(Heiterkeit bei der CSU)

Die außergewöhnlichen Erfolge dieses Museums lassen Sie weg. Es gibt bereits drei Projekte der Zusammenarbeit mit wichtigen Einrichtungen der Forschung und der Wissenschaft. Projekte mit anderen Museen – europaweit! – sind gestartet worden. Es wird jetzt eine ergänzende Sonderausstellung – zusätzlich zu den normalen Exponaten – geben. Wenn mich nicht alles täuscht, läuft in diesem Museum momentan der Roboter-Monat. Die Schulklassen streiten sich darum, welche zuerst kommen darf. Am Wochenende ist dieses Museum voll. Dann müssen Sie halt einmal hingehen und sich das anschauen!

Das ist natürlich der Erfolg dessen, dass das Ganze wie ein Museum aussieht und nicht so, wie man es sich offenbar beim ORH, im Ministerium und im Verwaltungsrat gewünscht hätte: wie – "wie ein Kuhstall" darf ich nach dem FREIEN-WÄHLER-Antrag von heute nicht mehr sagen – eine Baracke, eine Turnhalle oder irgendeine aufblasbare Einrichtung. Nein, wir haben dort ein Museum.

Wir haben es nicht in ein ehemaliges Horten-Kaufhaus gezwängt, sondern es ist ein Neubau entstanden, der auch die Raumhöhen hat, die man für ein Museum braucht. Ein Museum für Forschung, Technologie und Zukunft braucht natürlich Platz. Deshalb ist dieses Museum erfolgreich.

Dann wurden Gutachter eingeschaltet. Gutachter übrigens – – Ach so, jetzt weiß ich nicht genau, ob ich aus diesem Bericht zitieren darf, dass der ORH von diesen Gutachten auch nicht allzu viel hält.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sagen wir es einmal so: Dass ich, wenn ich zwei Stockwerke haben will, dem Bauherrn auch zwei Stockwerke bezahlen muss – egal, ob eine Zwischendecke eingezogen ist oder nicht –, ist das Normalste von der Welt.

Wenn Sie es sich anschauen, dann wissen Sie: Es ist ja nicht so, dass die Hälfte dieses Museums leer stünde. Sie diskutieren ständig über die Frage, warum denn die Fläche um 1.500 Quadratmeter vergrößert wurde. Weil man in die Höhe gegangen ist, damit man auch die hohen Exponate ausstellen kann!

Wenn Sie in dieses Museum gehen, dann sehen Sie auch, dass es voll ist. Es ist ja nicht so, dass dort große Teile leer wären oder als Lager genutzt würden. Das Museum ist knallvoll mit Exponaten. Der Bedarf war also da.

Der Bedarf war da. Das Ergebnis stimmt.

Das Allerbeste ist: Sie versuchen verzweifelt, einen Bezug zu Markus Söder herzustellen. Verzweifelt! Sie wissen doch ganz genau, wer den Mietvertrag – –

(Zurufe der Abgeordneten Claudia Köhler (GRÜNE) und Volkmar Halbleib (SPD))

Die Partner dieses Mietvertrags sind das Deutsche Museum und die Firma "alpha". Partner dieses Mietvertrags ist der Markus Söder also gar nicht. Da können Sie sich noch fünf Sitzungen lang hinstellen – es führt zu nichts.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN ÄHLERN)

Genehmigt hat diese Entscheidung des Generaldirektors der Verwaltungsrat. – Das möchte ich an dieser Stelle auch sagen: Der Einzige in dem "Verein" Deutsches Museum, der über den Tag hinaus zu schauen scheint – er hat offenbar gewusst, dass es auf Dauer nicht genügt, an einem Standort mit beengten Verhältnissen zu bleiben –, hat es also geschafft, dass am Schluss sein Verwaltungsrat zustimmt. Markus Söder sitzt nicht in diesem Verwaltungsrat.

Dass eine Finanzierungsvereinbarung erforderlich ist, ist auch das Logischste von der Welt. Das ist völlig zu Recht passiert.

Lassen Sie uns zusammenfassen: Die Münchner Kulturmafia hat nicht verhindern können, dass in Nürnberg ein exzellentes Museum, das in Kürze europaweiten und sogar Weltrang haben wird, entstanden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Die Menschen in der Region haben längst erkannt, was das für sie bedeutet, und strömen deshalb in Massen dorthin.

Wirklich traurig ist doch nur, dass hier in der Mehrzahl fränkische Abgeordnete auf diese Ränkespiele und Intrigen hereinfliegen.

(Zuruf von der CSU: Unglaublich!)

Kollege Halbleib – nicht aus Oberbayern. Kollege Körber – nicht aus Oberbayern. Der andere Kollege fällt mir nicht ein; ich befürchte, dass er glaubt, er gehöre noch zu Oberbayern. Das ist aber nicht wirklich von Bedeutung.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Jetzt kommt noch die Kollegin Köhler, glaube ich.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Aus Oberbayern!)

Bitte schön, Frau Köhler, sagen Sie alle noch mal ganz deutlich, was die Münchner gegen so ein hervorragendes, funktionierendes, gut anerkanntes Museum in Nürnberg haben und warum wir so etwas nie wieder machen dürfen! – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nein, nein, hierbleiben. Wir haben jetzt drei Zwischenbemerkungen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Oh!)

Ja, selbstverständlich! Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Sebastian Körber. Bitte.

Sebastian Körber (FDP): Kollege Weidenbusch, da fehlen einem ein bisschen die Worte,

(Zuruf: Das ist nichts Neues!)

wie Sie mit einer unabhängigen obersten Staatsbehörde umgehen und von einer Münchner Kulturmafia sprechen. Aber kommen wir doch mal zu Ihren eigenen Aussagen, die Sie in einer Sitzung des Wissenschaftsausschusses – ich war selbst anwesend – getätigt haben. Ich zitiere aus dem entsprechenden Protokoll:

Das Deutsche Museum sei laut eigener Aussage mit der baulichen Herstellung eines Museums dieser Größenordnung von den Kapazitäten her deutlich überfordert. Der Generaldirektor [...]

Ich verkürze jetzt:

Der Bau oder Kauf einer Liegenschaft durch den Freistaat mit anschließender Überlassung zur Nutzung durch das Deutsche Museum sei wegen Verstoßes gegen Artikel 81 Satz 2 der Bayerischen Verfassung unzulässig gewesen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ja, so ist es!)

Das hat der Rechnungshof ja anders formuliert. Stehen Sie weiterhin zu Ihrer Aussage, dass das grundsätzlich unzulässig gewesen ist? Können Sie das noch mal ein Stück weit präzisieren? Das wäre jetzt eine Aussage von Ihnen. Sie müssen ja gar nicht reden. Wer hier reden muss, ist Markus Söder, sonst niemand.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Ernst Weidenbusch (CSU): Erstens. Ich glaube, Sie zitieren aus meiner Aussage zum Umbau des Deutschen Museums in München, bei der ich gesagt habe: Eine 800-Millionen-Maßnahme ist möglicherweise zu viel, und deswegen kostet sie doppelt so viel, wie es ist.

(Sebastian Körber (FDP): Nein!)

Ich kenne meine Zitate im Normalfall.

(Arif Taşdelen (SPD): Anscheinend nicht!)

Das ist halt eine Pechsträhne für Sie, dass Sie es mit jemand zu tun haben, der eigentlich weiß, was er wann gesagt hat.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das ist nicht bei jedem so, Kollege Körber.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist nicht jedem gegeben.

Das Zweite ist: Auch Juristen sind von unterschiedlicher Qualität, und ich bleibe glas-klar bei meiner Meinung: Die Bayerische Verfassung und die Haushaltsordnung geben es nicht her, dass wir für einen Dritten an der Stelle etwas kaufen. Das mag der ORH anders sehen. Ich würde Ihnen gern sagen, was er falsch sieht, aber der ORH hat mir mitgeteilt, dass ich das heute noch nicht darf.

(Matthias Fischbach (FDP): Was haben Sie denn für Informationen bekommen?)

Aber Sie können darauf warten. Wenn ich es darf, sage ich es Ihnen gern.

(Zuruf)

– Wie bitte?

(Matthias Fischbach (FDP): Wieso bekommen Sie Informationen vorab?)

Weil ich einfach angefragt habe.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es tut mir leid, Herr Kollege Weidenbusch, die Redezeit für diese Zwischenbemerkung ist zu Ende. – Ich rufe nun die nächste Zwischenbemerkung auf: Volkmar Halbleib, bitte.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Wunderbar! – Heiterkeit bei der CSU – Ernst Weidenbusch (CSU): Jetzt nimmt das Niveau wieder zu!)

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Weidenbusch, wer so viel von Mafia redet, denkt auch mafiös. Das ist mein Eindruck nach Ihrem Wortbeitrag. Tut mir leid!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP)

Der Kollege Blume hat mit einem recht: Ein Schmierentheater war Ihr Vortrag zu diesem Vorgang heute Abend in diesem Landtag. Es war ein Schmierentheater sondergleichen.

(Zuruf von der CSU)

Sie nehme ich vielleicht sogar gegen sich selbst in Schutz. Aber die CSU-Fraktion sollte mal überlegen, wer hier im Parlament für sie auftritt.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP)

Zweiter Punkt. Jetzt ist ja nicht mehr die Diskussion – –

(Tonausfall – Zurufe: Man versteht Sie nicht! Noch mal, bitte!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Noch mal von vorne, bitte. Wir holen die Zeit nach. Ich glaube, es wurde zu früh abgeschaltet.

Volkmar Halbleib (SPD): Es geht jetzt offensichtlich gar nicht mehr so sehr um die Kritik an der Opposition, sondern es geht um die Kritik an einem obersten Verfassungsorgan. Das nehmen wir zur Kenntnis. Aber dass diese Begründung kommt, mit einer lupenreinen Verschwörungstheorie, wo welcher Mitarbeiter des Ministeriums, des ORH sitzt, wo er wohnt, das ist erstaunlich. Das ist eine Verschwörungstheorie, die ich in diesem Hause von ganz rechts außen gewohnt bin.

(Unruhe)

Dass Sie sich solcher Verschwörungstheorien bedienen, tut mir wirklich leid. Sie sind der Abgeordnete, der zur Aufklärung beitragen könnte.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Redezeit ist zu Ende.

Volkmar Halbleib (SPD): Sie verweigern diese Aufklärung. Das nehme ich heute zur Kenntnis. Es tut mir leid, Ihr Aufklärungswille als Parlamentarier ist armselig.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Körber, ich habe über den Ausschussvorsitzenden des Haushaltsausschusses gebeten, dass der ORH diesen Prüfungsbericht zur Verfügung stellt. Das habe ich ganz ordnungsgemäß getan. Der ist heute Abend gekommen. Der Haushaltsausschussvorsitzende hat mir den gegeben, unter der Bedingung, dass wir den nur in nicht öffentlicher Sitzung besprechen dürfen. Wenn Sie so lange dabei wären wie ich, wüssten Sie auch, wie so etwas geht.

Herr Kollege Halbleib, "armselig" finde ich ein spannendes Wort. Das werden Sie sich vielleicht auf dem Heimweg noch mal überlegen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ansonsten kann ich nur sagen: Getroffener Hund bellt.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Das kann man auch von euch sagen!)

Wenn Sie sagen, wer viel von Mafia spricht, ist mafiös, dann muss ich Ihnen sagen: Wer so viel von Skandal spricht wie die SPD, der wäre dann in der Konsequenz skandalös.

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Sie dürfen jetzt gerne mal darüber nachdenken, wie skandalös Sie eigentlich sind, wenn Sie ständig versuchen, Bayern, Franken, Nürnberg und ein Museum schlechtzureden. Ersparen Sie sich das!

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. Jetzt kommen wir bitte – –

(Unruhe)

Ruhe! Zuerst brauchen wir mal Ruhe. – Gut. Jetzt können wir weitermachen mit der dritten Zwischenbemerkung. Kollege Mang, bitte.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Aber "ceterum censeo" war doch immer am Ende! – Heiterkeit)

Ferdinand Mang (AfD): Herr Kollege Weidenbusch, das sind ja ganz neue Töne über den ORH, die man von der CSU hören kann. Ich erinnere mal an die letzte Haushaltsdebatte. Da hatte Herr Finanzminister Füracker noch gesagt, dass er die Meinung des ORH sehr respektiert. Und wenn wir schon bei diesem Thema sind: Kann es sein, dass der ORH jetzt deswegen so in Ihrer Gunst gesunken ist, weil er sehr deutlich die Defizite des letzten Haushaltsgesetzes aufgezeigt hat, weswegen wir auch Klage einreichen werden?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ganz was Neues!)

Sie behaupten, dass der ORH das Parlament missachtet. Wenn einer hier das Parlament missachtet, dann ist das der Herr Ministerpräsident Söder, der sich hier wirklich sehr selten blicken lässt.

(Robert Brannekämper (CSU): So ein Unsinn! Peinlich! – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: So ein Schmarrn!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der Kollege Weidenbusch, bitte.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Mang, ich bleibe selbstverständlich bei der positiven Beurteilung der Arbeit des ORH über die letzten 19 Jahre und über das letzte Jahr, wie wir das auch vonseiten der CSU-Fraktion in der Haushaltsausschusssitzung – und nicht nur in der letzten, sondern jedes Jahr – zum Ausdruck gebracht haben.

Gleichwohl ist auch der ORH nicht davor gefeit, dass er Fehler macht, denn überall handeln Menschen, sind Menschen beteiligt. Abgesehen davon, dass ich das, wie ge-

sagt, nicht darf, fände ich es auch unangemessen, Ihnen die Namen der beteiligten Personen jetzt und hier zu sagen. Aber Sie sitzen im Haushaltsausschuss. Ich denke, dass wir tatsächlich in nicht öffentlicher Sitzung diesen Bericht besprechen werden. Dann können Sie schauen, welche Namen darunter stehen, dann können Sie schauen, welche Namen von 2017 darunter stehen, dann können Sie schauen, welche Namen unter irgendwelchen Schreiben stehen. Dann werden Sie halt auch ein ganz klares Bild gewinnen, was versucht wurde hineinzuzinterpretieren und was Realität ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, das war punktgenau.

(Beifall bei der CSU)

Weitere Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor. Vielen Dank.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist gut!)

Ich rufe nun die nächste Rednerin auf, und zwar Frau Kollegin Claudia Köhler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Puh, Herr Weidenbusch, was für ein Ablenkungsmanöver!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Oh!)

Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass der Vorsitzende des Haushaltsausschusses ausschließlich Ihnen den Bericht mit der Bitte, ihn in nicht öffentlicher Ausschusssitzung zu behandeln, geschickt hat.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Wir anderen haben diese Unterlagen nicht bekommen. Das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie werden sie bekommen! Keiner hat sie bekommen! Zuhören! Sie hören selektiv!)

Zu den Fakten: Die Staatsregierung hat die Kosten für das Deutsche Museum in Nürnberg bis 2018 deutlich zu niedrig angesetzt: lediglich 8 Millionen Euro als Anschubfinanzierung. Stand April 2021 beliefen sich die Kosten dann bereits auf 27 Millionen Euro. Inzwischen geht der ORH von 200 Millionen Euro aus. Miet- und Mietnebenkosten sind schon im Jahr 2021 mit 2,9 Millionen Euro höher als die eingestellte Verpflichtungsermächtigung von 2,8 Millionen,

(Zuruf von der CSU: Weil Corona war!)

die eigentlich noch bis 2044 halten soll. Dass die Kosten nicht 25 Jahre gleich bleiben, war eigentlich klar; schon alleine wegen des Verbraucherpreisindex. Aber trotzdem wurde das vom Finanzminister Söder damals so statisch in den Haushalt geschrieben, für 25 Jahre.

Es fehlt bei allem eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit, eine Prüfung, ob ein Kauf günstiger als die Miete wäre, und vor allem die Prüfung, wie das Ganze finanziert werden soll. Damit hat der Ministerpräsident offensichtlich wissentlich geschönte Zahlen in die Öffentlichkeit gebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Weidenbusch, Sie haben nicht das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Durch die Anmietung statt eines Kaufs hat er auch den lästigen Haushaltsausschuss umgangen; der hätte nämlich einem Kauf zustimmen müssen – wie praktisch. Dafür aber gab es Parteispenden des Vermieters an die CSU von über 90.000 Euro. Der heutige Ministerpräsident und damalige Finanzminister sowie seine Fraktion haben uns nicht nur dieses faule Ei im Haushalt hinterlassen, sondern das Ganze stinkt zum Himmel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich müssen wir heute die FREIEN WÄHLER fragen: Gilt das in dieser Koalition schon als ortsüblich? – Deswegen hat die demokratische Opposition ein Gutachten und die Prüfung durch den ORH auf den Weg gebracht. All diese Prüfungen, die jetzt stattfinden, hätte man eigentlich vor einem solchen Mammutprojekt machen müssen.

Zur IMBY. Der ORH empfiehlt immer wieder, die Expertise der IMBY zu nutzen. Das klingt schon fast ironisch, aber bisher macht die IMBY halt das, was ihr Auftrag ist: verwalten. Aktives Liegenschaftsmanagement statt Verwaltung wäre es eigentlich gewesen; dann hätte das sogenannte Zukunftsmuseum auch nicht KfW-70-Standard, sondern wäre deutlich energieeffizienter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ging halt offensichtlich einmal mehr um das Prestige und die Außendarstellung von Herrn Söder als um Wirtschaftlichkeit und Transparenz – koste es den Steuerzahler, was es wolle. Seriös ist das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe CSU, wir sagen Ihnen: Wenn es Ihre Ideologie ist, zu schummeln, zu mauscheln und Kontrollen zu umgehen,

(Zuruf)

wenn Sie heute bei diesem Antrag wieder mauern, Controlling und Revision verweigern und uns am Ende nur Kosten und leere Kassen hinterlassen, sage ich Ihnen schon jetzt: Die demokratische Opposition wird Strukturen schaffen. Wir werden vernünftiges und seriöses Controlling einrichten, um solche Deals und solche Schädigungen des Haushalts zukünftig zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die FDP macht hierzu vernünftige konkrete Vorschläge; deshalb stimmen wir zu. Dem Nachzieher der SPD werden wir selbstverständlich auch zustimmen. Sie haben heute

schon wieder ein neues Projekt angeteasert; wir hoffen, dass es keine weiteren riesengroßen Überraschungen geben wird, die den Steuerzahler so viele Millionen Euro kosten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Bernhard Pohl von der Fraktion FREIE WÄHLER. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich empfehle den Antragstellern, dass man künftig die Prüfungsergebnisse des ORH dort diskutiert, wo sie hingehören, nämlich im Haushaltsausschuss, anstatt irgendwelche bemühten Anträge zu schreiben, die von relativ bescheidener Qualität sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Kollege Körber von der FDP-Fraktion, der Antrag ist ein gläserner Ochsenkarren mit Formel-1-Motor. Sie müssen zugeben, dass nichts, aber auch gar nichts zusammenpasst. Sie reden von einem handfesten Söder-Immobilienkandal. Was sind Ihre Heilmittel, damit das künftig nicht mehr passiert? – Sie wollen externe Gutachten einholen, also Bürokratie aufbauen. Sie wollen die Besinnung auf das Wirtschaftlichkeitsprinzip – etwas völlig Neues in diesem Haus; das gab es noch nie, und es steht auch nirgendwo geschrieben.

Sie wollen – das ist das Gläserne bei dem Ochsenkarren – eine Transparenzoffensive haben; das klingt schön. Sie wollen digitale Liegenschaftsmanagementsysteme erarbeiten – ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das Geld kostet. Jetzt kommt der absolute Höhepunkt, der Clou: vollständige Reformierung der IMBY.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Pohl, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die IMBY steht unter der Regie des Bauministers, nicht des Ministerpräsidenten.

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie hier; nur alles in Ruhe. – Wir haben eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Körber, bitte.

Sebastian Körber (FDP): Aufgrund des famosen Bildes vom gläsernen Ochsenkarren, das Sie gerade gezeichnet haben, gebe ich Ihnen noch eine Minute Redezeit. Bisher schweigt die Staatsregierung dazu. Bislang haben wir keinen Vertreter der Staatsregierung in der Debatte gehört; die müsste sich eigentlich dazu äußern. Der Leiter der Staatskanzlei ist da, die zuständigen Minister wären anwesend, auch wenn der Finanzminister nicht da ist. Vielleicht möchte ja doch noch jemand etwas sagen, um es noch einmal deutlich zu machen.

Kollege Weidenbusch hat gerade gesagt: Söder hatte damit gar nichts zu tun. – Jetzt frage ich Sie als Koalitionspartner der CSU. Sie haben mir eingangs sicher zugehört und meine Zitate aus den Zeitungen vernommen, die sich alle darum drehen, dass Markus Söder alles im Star-Trek-Outfit mit einem Laserschwert usw. entschieden, gemanagt, sich voll für dieses Projekt eingesetzt und die Finanzierungsvereinbarung, die den ganzen Schlamassel erst ermöglicht hat, finanziell ausgelöst hat. Finden Sie denn, dass Markus Söder und die CSU mit diesem Projekt nichts zu tun haben, Herr Pohl?

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Körber, nachdem Sie jetzt doch fast vier Jahre in diesem Haus sind, sollten Sie wissen, dass die Staatsregierung zu Anträgen immer erst zum Schluss spricht. Ich könnte mir vorstellen, dass sie das heute auch noch tut.

(Zurufe)

Herr Kollege Körber, ich habe im Landtag die Aufgabe, Anträge, die von Ihnen und Mitgliedern anderer Fraktionen gestellt werden, zu bewerten und am Ende ein Votum abzugeben: zustimmen oder ablehnen. Ich beschäftige mich aber nicht mit Laserschwertern und irgendwelchen galaktischen Dingen. Die Frage, was Söder damit zu tun hat, ist völlig obsolet, wenn ich mir Ihren Antrag anschau, weil Sie ja die IMBY reformieren wollen und damit dem Bauminister eine Aufgabe geben wollen. Entschuldigung, aber was Sie hier liefern, ist schlicht die Verfehlung des Themas.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor; die Aussprache ist damit geschlossen.

(Zurufe)

– Die Staatsregierung konnte sich die ganze Zeit der Diskussion über zu Wort melden. Dass sie zum Schluss reden will, ist selbstverständlich. Die Aussprache ist jedenfalls geschlossen. Wir kommen nun zur Abstimmung.

(Unruhe)

– Jetzt wollen wir die Ebene der Aufgeregtheit mal ein bisschen verlassen und wieder zur Normalität zurückkehren. – Wir kommen zur Abstimmung; hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/22570 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind FREIE WÄHLER, CSU und der Abgeordnete Sauter (fraktionslos). Wer enthält sich der Stimme? – Die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/22611 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordnete Sauter (fraktionslos). Wer enthält sich der Stimme? – Der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/22612 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, der Abgeordnete Alfred Sauter (fraktionslos). Wer enthält sich? – AfD-Fraktion und der Abgeordnete Markus Bayerbach (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/22571 mit 18/22574 und 18/22613 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.